KStA 8.4.2008

Mutterglück? Mit Mutter-Kind-Fotos von Annet van der Voort macht das Evangelische Krankenhaus auf die soziale Situation junger Mütter unter 18 und entsprechende Hilfsangebote aufmerksam.

REPRO: CA

Ernste Mütter, lächelnde Babys

Die Fotoausstellung „Oh my baby" im Evangelischen Krankenhaus macht auf ein Hilfsangebote für junge Mütter aufmerksam.

VON GISELA SCHWARZ

Bergisch Gladbach - Corinna (16) mit Justin (drei Monate), Veronika (14) mit Philipp (zehn Wochen) – ihre Kinder auf dem Arm, schauen die jungen Mütter in die Kamera der niederländischen Fotografin Annet van der Voort. Ihre Fotostudien, die sie in Mutter-Kind-Heimen erarbeitet hat, sind bis 30. April im Evangelischen Krankenhaus zu sehen.

Im Obergeschoss der Eingangshalle vermitteln die seriell fotografierten Bilder die Situation der Minderjährigen, an die durch Schwangerschaft und Muttersein frühzeitig hohe Anforderungen gestellt wurden. Ernst blicken die jungen Mütter in die Kamera der Fotografin, die zuvor durch viele Gespräche einen intensiven Kontakt zu ihnen aufgebaut hatte. „Das Lächeln verstellt den Blick ins Innere", erklärt Annet van der Voort das Konzept. Tatsächlich teilt sich die Befindlichkeit der jungen Frauen unmittelbar mit – einige wirken sehr selbstbewusst, einige traurig, manche sogar verzweifelt. Nur die Babys haben den Ernst der Lage nicht erkannt – sie lächeln, beobachten oder geben sich lauthals weinend der Situation hin.

Hilfsangebote

„Mit dieser Ausstellung möchten wir über die Lebenswirklichkeit junger Familien ins Gespräch kommen und Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen", sagt EVK-Geschäftsführer Harald Januschewski zum Konzept der Präsentation. Im Jahr 2006 haben 1450 junge Frauen zwischen 15 und 17 Jahren in NRW Kinder geboren. Auch unter den jährlich rund 700 Schwangeren, die im EVK entbinden, sind einige minderjährige Mütter.

„Die jungen Mütter müssen schneller erwachsen werden, ihre Identität finden", weiß Juliane Arnold, Leiterin der Evangelischen Beratungsstelle Köln. Zusammen mit dem Chefarzt der Gynäkologie und Geburtshilfe, Prof. Bernhard Liedtke, und Pastor Rainer Schmidt stellt sie bei der Ausstellungseröffnung die Hilfsangebote vor, die die jungen Mütter unterstützen, Schul- oder Ausbildungsabschluss zu beenden und sich mit Kinder- und Elterngeld sowie Unterhaltsvorschuss auf eigene Beine zu stellen.

Beratung und Hilfe im Rheinisch-Bergischen Kreis bieten unter anderem: „esperanza", Caritas Rheinberg, Hauptstraße 180, ☎ 02202/1008 701, pro familia, Hauptstraße 310, ☎ 02202/10 86 13, donum vitae, Hauptstraße 277, ☎ 02202/10 86 50, Evangelische Beratungsstelle, ☎ 0221/25 77 461.

Pressemitteilung Nr. 097 vom 06.03.2008

Frauen in den Parlamenten weltweit unterrepräsentiert

WIESBADEN – Weltweit sind Frauen in den Parlamenten entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil unterrepräsentiert. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) in Wiesbaden zum Internationalen Frauentag am 8. März mitteilt, entfielen im Deutschen Bundestag im Februar 2008 rund 32% oder 197 der 612 Sitze auf Frauen. Bei der letzten Bundestagswahl 2005 waren ursprünglich 614 Abgeordnete, darunter 195 Frauen, gewählt worden. Veränderungen während der Legislaturperiode ergeben sich unter anderem durch Mandatsverzichte oder Sterbefälle und das damit verbundene Nachfolgen von Abgeordneten; Überhangmandate werden nicht neu besetzt.

Im Vergleich mit den anderen EU-Ländern lag Deutschland mit dieser Frauenquote im oberen Drittel. Von allen 27 EU-Ländern kam Schweden einer paritätischen Verteilung im Parlament am nächsten. Ende 2007 entfielen dort 47% der Mandate auf Frauen. Es folgten Finnland (42%), die Niederlande (39%) sowie Dänemark (38%). Außerhalb der EU wiesen 2007 Ruanda (49%), Argentinien (40%) und Costa Rica (37%) die höchsten Frauenanteile auf. Weitaus geringer war der Frauenanteil zum Beispiel in China (21%), den Vereinigten Staaten (17%), der Russischen Föderation (14%) und Japan (9%). Diese Daten wurden von der Interparlamentarischen Union (IPU) erhoben. Für die Studie wurden Angaben von 188 Staaten berücksichtigt.

Weitere Auskünfte gibt:
Infoservice International,
Telefon: (0611) 75-9494,
E-Mail: info-international@destatis.de

[MFSF] E-Mail-Newsletter Im Blick: Frauen, Männer, Gleichberechtigung Nr. 1/08

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie das auch schon erlebt? Da heißt es: "Der Kollege geht in Elternzeit!" War das eine ganz normale Information für Sie, so wie bei der Kollegin auch? Oder haben Sie doch einen Moment lang gestutzt?

Oder: "Wir bekommen eine Chefin!" Haben Sie sich da heimlich gefragt: Kann die das denn auch alles managen?

Rollenbilder beeinflussen unseren Alltag und unsere Arbeitswelt noch immer und hindern uns oft, unsere Vorstellungen und Träume zu verwirklichen.

Dass Frauen Führungspositionen genauso gut ausfüllen wie Männer, beweisen sie längst täglich aufs Neue. Aber obwohl Frauen inzwischen bessere Bildungsabschlüsse als junge Männer erreichen, spiegelt sich das auf dem Arbeitsmarkt bislang nicht wider. In Führungspositionen beträgt der Frauenanteil in Deutschland nur etwa ein Viertel. Und fast die Hälfte der Frauen arbeitet in Teilzeit - Männer in einer Teilzeitbeschäftigung anzutreffen ist dagegen selten: Noch nicht einmal jeder Zehnte arbeitet in Teilzeit.

Überkommene Rollenvorstellungen und gleichberechtigte Teilhabe sind schwer miteinander zu vereinen. Jenseits der alten Rollenbilder ergeben sich dagegen neue Perspektiven - und das in beiden Bereichen: Beruf und Familie.

Entdecken Sie selbst die neuen beruflichen und privaten Chancen! Zwei konkrete Beispiele: Männer haben es jetzt einfacher, Elternzeit zu nehmen - mit der Einführung der Partnermonate beim Elterngeld haben wir ein starkes Zeichen gesetzt. Und: Schülerinnen können sich bereits zum achten Mal am "Girls'Day - Mädchen-Zukunftstag" informieren, wie vielfältig und interessant technische Berufe sind.

In diesem Newsletter erfahren Sie, wie andere Frauen und Männer Rollenbilder im Wandel erleben und wie das ihre beruflichen Chancen beeinflusst: Am 7. Februar wird in Berlin die Wanderausstellung "Rollenbilder im Wandel" eröffnet, im Laufe des Jahres wird sie in zwölf Städten Deutschlands Station machen. Das Ungewöhnliche daran: Sie können selbst Teil der Ausstellung werden. Wie, das erfahren Sie hier.

Viel Freude beim Lesen des Newsletters wünscht Ihnen

Ihre

Ursula von der Leyen

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Debatte zur Gleichstellungspolitik

Verbindliche Zielvorgaben für die Wirtschaft gefordert

zwd Berlin (jvo). Was ist zu tun, um die Chancen der Frauen im Arbeitsleben zu verbessern? Diese Frage diskutierten die Abgeordneten der Parteien am 17. Januar im Bundestag. Anlass gaben die Berichte der Bundesregierung zum Gleichstellungs- und Gremienbesetzungsgesetz. Mit den Resultaten zeigte sich keine der RednerInnen zufrieden, über die richtigen Wege, um Frauen in Führung zu bringen, gingen ihre Meinungen auseinander.

Die CDU-Abgeordnete Eva Möllring schlug in ihrer Rede vor, für Behörden und Unternehmen, die ihre Frauenquote deutlich steigern konnten, ein positives Ranking einzuführen. Frauen in Führungspositionen müssten zu einem Werbefaktor werden, sagte die Abgeordnete. Eine gesetzliche Quote für die Privatwirtschaft lehnt sie ab, genauso wie ihre Fraktionskollegin Rita Pawelski. Was gebraucht werde, sei ein Bewusstseinswandel der Firmenchefs und Personalmanager, betonte Pawelski. Als positives Beispiel führte sie Norwegen an. Dort wurden 500 Frauen für die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften qualifiziert. Sie paukten das norwegische Aktienrecht, lernten Bilanzen zu lesen und trainierten das nötige Selbstbewusstsein. Das sollte auch in Deutschland möglich sein, forderte Pawelski, und zwar ohne Gesetz.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Christel Humme, bezweifelte, ob eine Gleichstellung der Geschlechter ohne gesetzliche Vorgaben für die Privatwirtschaft funktioniert. Die Bundesregierung setze seit mittlerweile sieben Jahren auf Freiwilligkeit, das habe zu punktuellen Verbesserungen, aber nicht zu einem Durchbruch geführt. Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks, äußerte Bedenken. Der Fortschritt sei zwar eine Schnecke und es müsse dringend etwas getan werden, ein Gesetz für die Wirtschaft sei derzeit aber nicht durchsetzbar, so Marks. Sie schlug verbindliche Zielmarken für eine steigende Anzahl von Frauen in Führungspositionen vor.

Zielvorgaben allein reichen der Linken-Abgeordneten Kirsten Tackmann nicht. Das Scheitern der freiwilligen Vereinbarung mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zeige, dass es ohne Gesetze nicht ginge. Darüber hinaus plädierte sie für einen Mindestlohn und die Verkürzung der Regelarbeitzeit als wirksame Mittel zur Gleichstellung und zur Bekämpfung der Armut von Frauen.

Die familienpolitische Sprecherin der Liberalen, Ina Lenke, setzt auf die Einsicht der Arbeitgeber, dass flexible Arbeitszeiten und die Unterstützung der Organisation der Kinderbetreuung in ihrem eigenen Interesse liegen. Um die Gleichstellung voranzubringen, müsse es nicht mehr Gesetze geben, sagte Lenke, sondern die bestehenden seien zu korrigieren. Als erstes müsse die Steuerklasse V abgeschafft und Selbständige dürften beim Elterngeld nicht länger benachteiligt werden.

Freiwillige Vereinbarungen fortsetzen

Im Anschluss an die Debatte forderten die Regierungsfraktionen in einem gemeinsamen Antrag die Bundesregierung auf, die freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft fortzusetzen und bei den Ländern darauf hinzuwirken, dass Mädchen und Frauen in Schule und Wissenschaft besser gefördert werden. Auch sollen die Tarifparteien ermutigt werden, Entgeltungleichheiten bei gleichwertiger Arbeit zwischen den Geschlechtern zu beseitigen.

Erfahrungsbericht zum Download unter www.zwd.info → Dokumente

Erster Erfahrungsbericht zum Bundesgleichstellungsgesetz 2006

Zentrale Ergebnisse:

- Teilzeitbeschäftigung im Öffentlichen Dienst des Bundes war und ist weiterhin Frauensache: 2004 waren 80.161 teilzeitbeschäftigt, darunter 72.923 Frauen (91,0 %).
- Im Jahre 2004 waren 15.026 Beschäftigte aus familienbedingten Gründen beurlaubt, darunter 14.489 Frauen (96,4 %).
- Im höheren Dienst ist der Frauenanteil an den Beschäftigten in leitenden Funktionen von 1998 bis 2004 von 13,4 % auf 20,5 % angestiegen.
- Auf den höchsten Leitungsebenen (Staatssekretärsebene und Abteilungsleitung) waren Frauen kaum, teilweise gar nicht vertreten. 2002 gab es in dieser Position nur zwei Staatssekretärinnen und 27 Staatssekretäre, in 2003 ausschließlich Männer (30).

Als besonders wirkungsvolle Maßnahmen erwiesen sich:

- flexible Arbeitszeitregelungen einschließlich der Zulassung besonderer Arbeitszeitmodelle,
- Einrichtung von Telearbeitsplätzen,
- die Einladung von mindestens 50 % Frauen zu Vorstellungsgesprächen,
- die gezielte Ansprache und Beratung von Frauen z. B. bei konkreten Stellenausschreibungen, bei der beruflichen Weiterentwicklung und Fortbildung,
- die Unterstützung bei der Bildung von Netzwerken von Frauen zur besseren gegenseitigen Information,
- ein unter Federführung der Gleichstellungsbeauftragten in den Bundesbehörden durchgeführtes Mentoringprojekt für junge Referentinnen.

Daten und Fakten aus NRW

Frauen arbeiten zunehmend unfreiwillig in Teilzeit

zwd Berlin (jvo). Nach wie vor bleiben die familiären Aufgaben in erster Linie den Frauen überlassen. Doch bei einer wachsenden Gruppe steht diese traditionelle Rollenverteilung im Widerspruch zu ihren Lebensvorstellungen. Das ist das Ergebnis der Studie „Frauen zwischen Familie und Karriere" des Frauenministeriums NRW. Die zentralen Aussagen auf eine Blick:

Immer mehr Mütter wünschen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit
Obwohl die Zahl der erwerbstätigen Mütter bereits erheblich gestiegen ist, konnten 2005 rund 300.000 Frauen mit Familienaufgaben ihre Erwerbswünsche nicht realisieren, davon 223.000 Mütter in der Lebensmitte. 1997 traf dies nur auf 154.000 Mütter in dieser Lebensphase zu. 2005 konnte damit jede siebte Mutter in der Lebensmitte ihre Erwerbswünsche nicht realisieren.

Hohe Erwerbsneigung bei Alleinerziehenden
Allein erziehende Mütter in der Lebensmitte sind zu einem deutlich höheren Anteil aktiv erwerbstätig (67,8 %) als Mütter, die in dieser Lebensphase in einem Paarhaushalt leben (58,3 %). Auch der Anteil derer, die eine Erwerbsaufnahme wünschen, diese bisher aber nicht realisieren konnten, liegt bei den Alleinerziehenden in der Lebensmitte mit 22,1 Prozent deutlich über dem entsprechenden Anteil bei den Müttern in Paarhaushalten (12,5 %).

Die Erwerbstätigenquote der jüngeren Mütter unterliegt starken konjunkturellen Schwankungen.
Bei den jüngeren Müttern ist die Erwerbstätigenquote zwar von 1997 bis 2001 gestiegen, dann aber bis 2005 unter das Niveau von 1997 gesunken.

Der Anstieg der Erwerbstätigenzahlen bei den Frauen ist allein auf die Zunahme bei den Teilzeiterwerbstätigen zurückzuführen
Bei den NRW-Frauen ist in den letzten 10 Jahren ein deutlicher Anstieg der Erwerbstätigenzahl (um rund 16 %) zu verzeichnen. Der Anstieg des von Frauen erbrachten Arbeitsvolumens fiel dagegen vergleichsweise gering aus (+ 5,1 %). Die Zahl der vollzeiterwerbstätigen Frauen ist im Beobachtungszeitraum zwischen 1997 und 2005 gesunken.

Die Teilzeitquote der Frauen ist deutlich gestiegen
2005 ging fast die Hälfte der abhängig erwerbstätigen Frauen einer Teilzeitarbeit nach (48,7 %). 1997 waren es erst 37,7 Prozent. Der deutliche Anstieg der Teilzeitquote bei den Frauen ist vor allem auf die wachsende Verbreitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen.
Während der Anteil der geringfügig Beschäftigten von 1997 bis 2005 von 8,9 Prozent auf 19,4 Prozent sehr deutlich gestiegen ist, hat sich die Verbreitung der regulären Teilzeitarbeitsverhältnisse kaum verändert.

Viele Frauen sind teilzeiterwerbstätig, weil sie keine Vollzeitstelle finden
In den letzten vier Jahren ist bei den Frauen der Anteil derer, die unfreiwillig einer Teilzeitarbeit nachgehen, gestiegen ist. 2001 gaben 5,8 Prozent der Frauen als Grund für die Teilzeiterwerbstätigkeit an, dass eine Vollzeittätigkeit nicht zu finden war, 2005 waren es bereits 12,9 %. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen, die unterbeschäftigt sind, da trotz Vollzeitwunsch nur eine Teilzeittätigkeit realisiert werden konnte, hat sich damit von 2001 bis 2005 mehr als verdoppelt.

Gleichstellungsbericht der Europäischen Kommission

Lohngefälle fast unverändert

zwd Berlin (tag). Ungeachtet des höheren Bildungsniveaus bleibt die Qualität der Arbeitsplätze von Frauen hinter der ihrer Kollegen zurück. Obwohl in der Europäischen Union junge Absolventinnen in Schulen und Universitäten durchgängig besser abschneiden, verdienen sie nach dem neuen Bericht „Gleichstellung zwischen Frauen und Männern – 2008" der Europäischen Kommission deutlich weniger als ihre männlichen Pendants.

Der am 23. Januar veröffentlichte Kommissionsbericht weist auf die Diskrepanz hin, dass der weibliche Anteil an den HochschulabsolventInnen zwar bei 59 Prozent liegt, Frauen jedoch durchschnittlich 15 Prozent weniger verdienen als Männer. Seit 2001 habe sich das Lohngefälle nur um ein Prozent reduziert. Die Entgeltunterschiede und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben stellten noch immer Herausforderungen dar, kommentierte der für Chancengleichheit zuständige EU-Kommissar Vladimír Špidla die Ergebnisse des Berichts.

Als weiteres Qualitätsdefizit bei den Arbeitsplätzen wird der konstant niedrige Frauenanteil in Führungspositionen angeführt. In Unternehmen stagniert der Anteil der Managerinnen bei 33 Prozent. Auch in der Politik steigt er laut Kommissionsbericht nur sehr langsam an: Derzeit seien nur 23 Prozent der nationalen und 33 Prozent der europäischen Abgeordneten Frauen.

Frauen mit höherem Armutsrisiko

Bei anderen Aspekten der Arbeitsqualität wie etwa „Vereinbarkeit von Beruf und Familie" und „sozialer Bereich" bestünden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern ebenfalls weiter fort: Die Beschäftigungsquote von Müttern mit kleinen Kindern nimmt ab (-13,6 % im Durchschnitt), wogegen diejenige der Väter steigt.

Aufgrund der langsamer voranschreitenden Berufslaufbahnen der Frauen und der Tatsache, dass es mehr langzeitarbeitlose Frauen (4,5 %) als Männer (3,5 %) gibt, hätten Frauen auch ein höheres Armutsrisiko als Männer. „Mit der Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist es uns gelungen, in der EU mehr Arbeitsplätze zu schaffen", verwies EU-Kommissar Špidla auf das einzige positive Ergebnis. Dem Bericht zufolge ist die Beschäftigungsquote der Frauen auf 57,2 Prozent angewachsen. Es bleibe jedoch einiges zu tun, um die Arbeitsplätze auch qualitativ zu verbessern, relativierte der EU-Kommissar.

„Flaute in der EU-Gleichstellungspolitik"

Die Europaabgeordnete Hiltrud Breyer (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich angesichts der Ergebnisse des Kommissionsberichts enttäuscht. Diese wiesen einmal mehr auf die Flaute in der EU-Gleichstellungspolitik hin. Laut Breyer spielt Gleichstellung für die EU-Kommission nur auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle: „Paritätische Beteiligung, Diskriminierung in den Medien und Gewalt gegen Frauen spart EU-Kommissar Špidla völlig aus." Lissy Gröner, frauenpolitische Sprecherin der SPE- Fraktion im Europäischen Parlament, kritisierte das schlechte Abschneiden Deutschlands im europäischen Vergleich. Dort klaffe die Lohnschere in einigen Branchen bis zu 30 Prozent auseinander. Die EU-Abgeordnete Gröner forderte die deutsche Frauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) dazu auf, sich für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft einzusetzen.

Der EU-Kommissionsbericht zum Download unter:
www.zwd.info→Dokumente

Arbeitsmarktreport der Bundesagentur für Arbeit 2007

Starker Anstieg weiblicher Teilzeitbeschäftigung

zwd Berlin (tag). Die weitaus meisten der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten in Deutschland sind Frauen. Nach einem aktuellen Bericht der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur „Situation von Frauen und Männern am Arbeits- und Ausbildungsmarkt" waren im Juni 2006 von den 4,53 Millionen Teilzeitbeschäftigten 84 Prozent weiblich.

Die Anfang 2007 ermittelte Frauenbeschäftigungsquote von 63,2 Prozent kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Arbeitnehmerinnen in Deutschland ungleich häufiger als Männer entweder einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen oder geringfügig beschäftigt sind. Im Zeitraum von 2000 bis 2006 nahm die Zahl teilzeitbeschäftigter Frauen um 431.200 zu, die der Männer nur um 168.800. Im Ost-West-Vergleich liegt allerdings der Anteil teilzeitbeschäftigter Männer in Ostdeutschland um 17 Prozent höher. „Offensichtlich stellt Teilzeit für Männer in den neuen Bundesländern eine Ausweichmöglichkeit mangels Vollzeitalternativen dar", schlussfolgert der Bericht.

Geringfügig Beschäftigte meist weiblich

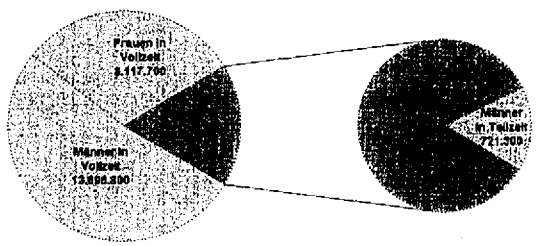
Seit der Reform der geringfügigen Beschäftigung durch das „Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" („Hartz II") im Jahr 2003 ist die Zahl der geringfügig Beschäftigten bis zum Jahr 2006 um 1,2 Millionen Personen angewachsen. Fast zwei Drittel der insgesamt 6,75 Millionen geringfügig Beschäftigten im Jahr 2006 waren Frauen. Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt im Monat regelmäßig 400 Euro nicht übersteigt.

Gesundheitswesen – eine Frauenbranche

Nach wie vor sind Frauen und Männer laut BA-Bericht in unterschiedlichen Berufsbranchen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Während bei den Arbeitnehmerinnen die Branchen Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Erziehung und Unterricht sowie die öffentliche Verwaltung ganz vorne liegen, finden Männer hauptsächlich im Bergbau, in der Baubranche und im verarbeitenden Gewerbe eine Anstellung.

Der Anteil von Mädchen in so genannten „Männerberufen" nimmt nur langsam zu. So stieg der Anteil aller weiblichen Auszubildenden, die sich für einen von Männern dominierten Beruf entschieden, von 1991 (16,4 %) bis 2005 (17,7 %) nur leicht an. Bei der Entwicklung in den neuen Bundesländern zeichnet die Arbeitsmarkstudie ein etwas anderes Bild: „24,9 Prozent aller ostdeutschen Berufsanfängerinnen beginnen eine Ausbildung in einem klassischen Männerberuf."

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Art der Beschäftigung und Geschlecht - 2006



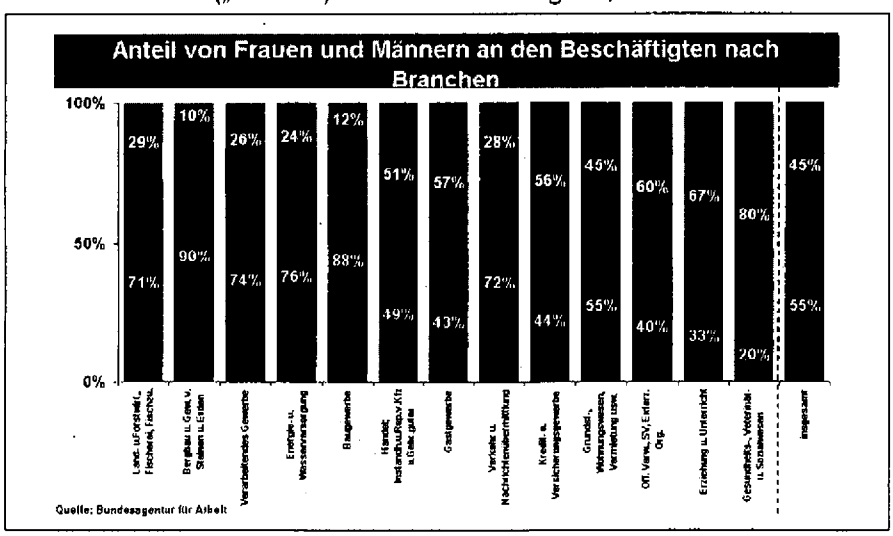
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

In den „Top Ten" der von Frauen in Deutschland am stärksten besetzten Ausbildungsberufen lagen im Jahr 2005 immer noch die „klassischen Frauendomänen" wie Bürokauffrau, Arzthelferin und Friseurin ganz vorn. Mit Ausnahme der Friseurin finden sich unter den beliebtesten zehn Ausbildungsberufen junger Frauen keine handwerklichen Berufe, sondern nur dienstleistende oder verwaltende Tätigkeiten. Junge Männer entscheiden sich dagegen meist für handwerkliche Berufe, wie Kraftfahrzeugmechatroniker, Industriemechaniker und Elektroniker.

Frauenerwerbstätigkeit über dem EU-Durchschnitt

Im Vergleich zur Europäischen Union lag die Frauenbeschäftigungsquote in Deutschland mit 63,2 Prozent im ersten Quartal 2007 über dem Durchschnitt der 25 EU-Staaten (57,7Prozent), was allerdings im Wesentlichen auf den Anstieg der Teilzeitquote zurückzuführen ist. ■

Die Studie zum Download unter www.frauen.zwd.info → Dokumente



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Betreuungsgeld

Taschengeld für Mütter oder Krippenplatz

zwd Berlin (jvo). An dem von der CSU vorgeschlagenen Betreuungsgeld scheiden sich die Geister. In einer Genderanalyse hat Barbara Stiegler, Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterpolitik an der Friedrich-Ebert-Stiftung, ihr Fazit zum „Taschengeld für Mütter" gezogen: „Jede Form der staatlichen Finanzierung privater Arbeit verhindert die Chancengleichheit der Geschlechter."

Der Koalitionsausschuss hatte sich im Oktober darauf geeinigt, dass bis zum Jahre 2013 für jedes dritte Kind ein Krippenplatz zur Verfügung stehen soll. Für ein Betreuungsgeld lässt die Koalitionsvereinbarung einen Spielraum. Allgemein wird über eine „monatliche Zahlung" in Höhe von 150 Euro pro Monat gesprochen. Diese Summe soll gezahlt werden, wenn auf den Rechtsanspruch auf außerhäusliche Betreuung verzichtet und stattdessen das Kind zu Hause betreut wird.

Stiegler zeigt auf, dass dieses Geld, auch wenn es nur als eine Alternative zum Krippenplatz gedacht ist, ein Schritt in die Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse bedeutet. Die vermeintliche Aufwertung der privaten Betreuungsarbeit durch ein Taschengeld von 150 Euro für einen Arbeitstag mit nicht selten 20 Stunden kehre sich eher in eine Abwertung dieser Arbeit um.

Gewisse Teile der Hausarbeit sollten allerdings auch in Zukunft im privaten Raum verbleiben, betont Stiegler. Sie dürften aber nicht bezahlt werden. Vielmehr müssten die Regelungen in der Erwerbsarbeit verändert werden: zu Gunsten einer Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Eltern. So erhielten Väter und Mütter die Möglichkeit, sich im Beruf zu verwirklichen, finanzielle Sicherheit zu schaffen und dennoch genügend Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. ■

Genderanalyse im Wortlaut auf www.frauen.zwd.info → Dokumente

Pflege-Weiterentwicklungsgesetz

Gewaltbetroffene Frauen brauchen weibliche Pflegeperson

zwd Berlin (tag). In der ersten Lesung des Entwurfs zum Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (Drs 16/7439) der Bundesregierung warb Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt am 14. Dezember für die Stärkung der häuslichen Pflege durch mehr Pflegegeld und Sachleistungen. Eine verbesserte Versorgung demenzkranker und behinderter Menschen sowie der Anspruch auf unbezahlte, aber sozialversicherte Freistellung von der Arbeit für Pflegeaufgaben zählen zu den Neuerungen der geplanten Pflegereform.

Der Pflegebegriff „satt, sauber, trocken" sei immer noch „das Höchste der Gefühle", kritisierte der behindertenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Ilja Seifert, den Gesetzentwurf. Er forderte unter anderem, die geschlechtsspezifische Pflege stärker zu berücksichtigen.

Auch die Mitgliedsorganisationen von Weibernetz, der politischen Interessenvertretung behinderter Frauen, plädierte für das Recht der Wahl der Pflegeperson. Vor dem Hintergrund der Gefahr sexualisierter Gewalt in der Pflege wünschten sich viele Frauen mit Behinderung eine weibliche Pflegeperson für die Intimpflege.

Nach den Worten des Vorstandsmitgliedes von Weibernetz, Jutta Harbusch, sieht der Entwurf zum Pflege-Weiterentwicklungsgesetz zwar im zweiten Paragrafen vor, den Wunsch auf gleichgeschlechtliche Pflege nach Möglichkeit zu berücksichtigen – jedoch sei diese Formulierung „viel zu schwammig". Harbusch: „Nach dieser Formulierung ist es Pflegediensten nach wie vor möglich, einen Mann in die Pflegesituation zu schicken, wenn der Dienstplan es nicht anders ermöglicht."

Sexualisierte Gewalt in der Pflege

Laut Weibernetz leben rund vier Millionen Frauen mit Behinderungen in Deutschland. Es sei davon auszugehen, dass jede dritte Frau mit Behinderung mindestens einmal in ihrem Leben sexualisierte Gewalt erfahren hat. Gerade den gewalterfahrenen Frauen mit Behinderungen dürfe es nicht zugemutet werden, sich von Männern bei der Intimpflege helfen zu lassen.

Therapieangebote für traumatisierte Frauen

Anlässlich der bevorstehenden Verabschiedung der Pflegereform rief die Altenpflegerin Martina Böhmer auf der Tagung „Die Pflegereform – Chance oder Falle für die Frauen" der Friedrich-Ebert-Stiftung dazu auf, bei der Pflege frauengeschichtliche und geschlechtsspezifische Gesichtspunkte stärker zu berücksichtigen. Aus ihrer Praxis berichtete sie, gebe es viele alte Frauen, die aufgrund von sexuellen Gewalterfahrungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg, heute noch unter einer posttraumatischen Belastungsstörung leiden.

In bestimmten Pflegesituationen würden sie an ihr traumatisches Erlebnis, etwa eine Vergewaltigung, erinnert, worauf sie mit Symptomen wie Verwirrtheit, Desorientierung und Apathie reagierten. Diese Symptome würden fast ausschließlich als Alterserkrankung diagnostiziert und behandelt. Böhmer forderte deshalb besondere therapeutische Konzepte für alte traumatisierte Frauen, die von den Krankenkassen bezahlt werden sollten. Weibliche traumatisierte Pflegebedürftige dürften nicht mit Psychopharmaka ruhig gestellt werden, nur damit sie „umgänglicher" sind. Eine angemessene psycho-soziale Betreuung könne Pflegebedürftigkeit reduzieren oder hinauszögern. ■

Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung kritisiert Festhalten am Traditions-Familienbild

Grundlegende Kritik am Zustand der Betreuung von Kleinkindern in Deutschland äußert eine Studie zur Bildung und Betreuung von Kindern unter 3 Jahren, die von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) vorgelegt wurde. Die Studie („Kinder in den besten Händen") fordert Verbesserungen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht und bilanziert: „Im internationalen Vergleich hinken wir 15 bis 20 Jahre hinterher". Als einen wichtigen Grund für den großen Nachholbedarf und die Versäumnisse in den letzten Jahrzehnten wird das „Festhalten am traditionellen Familienbild" benannt. Die Kinderbetreuung, so die Co-Autorin Christine Henry-Huthmacher, sei „zu lange als Kinderhüten" betrieben und als bildungs- und erziehungsferne Tätigkeit" missverstanden worden. Co-Autorin Ilse Wehrmann wandte sich bei der Vorstellung der Studie gegen ein Betreuungsgeld für selbst erziehende Eltern. Stattdessen plädierte sie für ein Gutscheinsystem, wie es von der Bundesfamilienministerin favorisiert wird. Die Studie betont, eine bessere Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher erfordere Qualitätsstandards, die länderübergreifend sein müssen sowie ein Weiterbildungsstudium. Die derzeitige Zersplitterung im föderalen System müsse durch einen Staatsvertrag der Länder überwunden werden. *(fpd 03.09.07)*

LAbarbk 5/2007, S 3 ♀

Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wählt Dr. Barbara John zur Vorsitzenden

Auf seiner ersten, konstituierenden Sitzung hat der Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes heute die langjährige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Dr. Barbara John, zu seiner Vorsitzenden ge-wählt. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Fami-lie, Senioren, Frauen und Jugend, Gerd Hoofe, gratulierte Dr. Barbara John zu ihrer Wahl: "Die Antidiskriminierungsstelle hat eine sehr wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Der Beirat unter Frau Dr. John wird die Stelle bei ihrer Arbeit mit großem Engagement und der langjährigen Erfahrung seiner Mitglieder unterstützen und wertvolle Hilfe geben. Ich freue mich über den guten Start des Beirats und wünsche dem Gremium und seiner Vorsitzenden viel Erfolg." Der Beirat berät die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und stellt den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen her, die sich den Schutz vor Benachteiligungen zum Ziel gesetzt haben. Berufen hat die Mitglieder das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, bei dem die Antidiskriminierungsstelle des Bundes angesiedelt ist. Die Berufung erfolgt im Einvernehmen mit der Leitung der Antidiskriminierungsstelle sowie den zuständigen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages. Ihre Tätigkeit üben die Mitglieder des Beirates ehrenamtlich aus. Dem Beirat gehören insgesamt 16 Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen sowie Expertinnen und Experten in Benachteiligungsfragen an. E-mail: info@bmfsfiservice.bund.de, mailto: info@bmfsfiservice.bund.de Internet: http://www.bmfsfj.de http://www.bmfsfj.de,Servicetelefon: 01801 90 70 50

Arbeitsagentur bestraft die Elternzeit

Ein aktuelles Urteil des Landessozialgerichtes Berlin-Brandenburg lässt Mütter bangen. Wie *faz.net* berichtet, müssen Frauen ab sofort damit rechnen, wesentlich weniger Arbeitslosengeld zu erhalten, wenn sie aus einer mehrjährigen Erziehungszeit zurückkehren und dann vom Arbeitgeber gekündigt werden. Denn bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes wird nicht mehr das ursprüngliche Gehalt berücksichtigt, sondern ein fiktives zugrunde gelegt. Einbußen um bis zu 40 Prozent sind damit keine Seltenheit. Insbesondere hoch qualifizierte Frauen, die vor der Geburt gut bezahlte Stellen hatten, sind von der Vorgehensweise der Behörde betroffen. Ebenso Frauen, die sich selbstständig machen wollen und allein erziehende Mütter. Das Bundesarbeitsministerium verteidigte die umstrittene Entscheidung. Eine länger zurückliegende Vergütung sei angesichts der immer schnelleren Veränderungen in der Arbeitswelt nicht mehr gerechtfertigt. Zudem sei gleichzeitig mit der Änderung die Anrechnung der Erziehungszeit als Beitragsatz zum Vorteil der Mütter eingeführt worden. *(gekürzt aus faz 23.10.07)*

In Thüringen verursacht das Landes-Betreuungsgeld Abmeldungen aus den Kitas

In Thüringen hat die Zahlung eines landeseigenen Betreuungsgeldes für häuslich erziehende Eltern zu zahlreichen Abmeldungen aus den Kindertagesstätten geführt. Verzichten die Eltern auf den Anspruch auf Betreuung ihrer Kinder ab dem 2. Lebensjahr, erhalten sie einkommensunabhängig 150 € monatlich. Nach 8 Monaten seit Einführung dieser Leistung war die Zahl der 2-Jährigen in den Kitas um 10 % zurückgegangen, insbesondere Kinder aus sozial schwachen Familien. Dass der Rückgang der Inanspruchnahme des Kitas auf die Einführung des Betreuungsgeldes zurückzuführen ist, gilt als erwiesen, weil er sich auf die 2-Jährigen beschränkt. In allen anderen Altersgruppen ist dagegen der Anteil der in öffentlichen Einrichtungen betreuten Kinder gestiegen. Nach Ansicht des DGB zeigen sich zwei negative Entwicklungen: Abmeldung von Kindern aus ohnehin bildungsfernen Schichten und Verdrängung von Müttern aus dem Erwerbsleben. *(fpd 12.11.07)*

LAbarbk 5/2007, S. 5

Berufsparcours für Mädchen

Qualifizierte und engagierte Nachwuchskräfte bilden ein wichtiges Element, um die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in NRW zu erhalten und auszubauen. Geeignete Azubis und Nachwuchskräfte zu finden, ist allerdings nicht immer einfach. Eine erfolgreiche und gleichzeitig effiziente Möglichkeit, potenzielle Auszubildende kennen zu lernen, bietet ein Berufsparcours. Unternehmen, die an einem Berufsparcours teilgenommen haben, sind davon überzeugt, dass so die Ausbildungschancen vieler Jugendlicher verbessert, Ausbildungsabbrüche verringert und geeignete Jugendliche gefunden werden. Gleichzeitig haben die Jugendlichen bei den beteiligten Unternehmen die Chance, ganz konkret einen kleinen Einblick in den jeweils vorgestellten Beruf zu erhalten. Die beteiligten Unternehmen bringen üblicherweise 4 - 8 identische Übungsstücke oder Übungen mit, die parallel von bis zu 8 Jugendlichen in etwa 5 bis 10 Minuten zu erledigen sind. An die Berufsparcours kann sich ein Schnuppertag oder das Praktikum anschließen. Diese Parcours dauern in der Regel einen Vormittag von 8.00 - 13.00 Uhr. Üblicherweise nehmen zwischen 300 und 600 Jugendliche in systematisierter Weise daran teil. Weitere Informationen: Karin Ressel Technikzentrum Minden-Lübbecke e.V. Zum Brunnen 31.32.479 Hille Tel.: 05703-52.05.10 Fax: 05703-52.05.11 technikzentrum@t-online.de Datenblätter, Informationen und Photos zur praktischen Berufsorientierung finden Sie unter www.berufsparcours.de

♀

Auf einen Blick: Adressen für die Mädchenarbeit in NRW

Die „Adressen für die Mädchenarbeit in NRW" sind neu erschienen. Mit dieser Broschüre bietet die LAG Mädchenarbeit in Zusammenarbeit mit der LAG NRW einen umfangreichen Überblick über die Mädchen- und die Jugendarbeit in NRW. Mädchen, Angehörige, Fachkräfte, Institutionen und Organisationen finden hier AnsprechpartnerInnen für mädchenspezifische Fragen. Neben Adressen von geschlechtshomogenen und koedukativen Einrichtungen der Jugendhilfe finden sich in der Broschüre zum ersten Mal die Daten von über 60 Mädchenarbeitskreisen in NRW. Dies erleichtert die Kontaktaufnahme vor Ort. Als weitere AnsprechpartnerInnen sind aufgeführt: die landeszentralen Netzwerke der (geschlechtsbezogenen) Jugendarbeit und der mädchen-politischen Arbeit, Gleichstellungsstellen und (Landes) Jugendämter, das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW, der Landtag NRW und die Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik. Alles auf einen Blick! LAGazette

Information bei der LAG-Geschäftsstelle

5/2007 S.7

Wettbewerb

Der Wettbewerb Gründung.NRW - Gesucht: Die besten Ideen zur Förderung von Gründerinnen und Unternehmerinnen ist in die heiße Phase eingetreten. Noch bis zum 15.12.07 um 17:00 Uhr (Eingangsstempel) können Projektanträge bei der G.I.B. eingereicht werden.

Ausführliche Informationen zum Wettbewerb, die Antragsunterlagen und eine FAQ-Liste mit häufig gestellten Fragen finden Sie unter www.ziel2-nrw.de.

Die Möglichkeit einer persönlichen Beratung zu einem geplanten Wettbewerbsbeitrag bei der G.I.B. wird gern in Anspruch genommen und besteht weiterhin. Beachten Sie dabei bitte, dass es bei der Terminvergabe zu Vorlaufzeiten von bis zu 14 Tagen kommen kann.

E-Mail: u.boecker@gib.nrw.de; Internet: www.gib.nrw.de

♀

Klage gegen agisra

Gegen agisra Köln liegt eine Klage nach dem AGG beim Arbeitsgericht Köln vor. Agisra hatte per Anzeige eine Stelle ausgeschrieben, die sich explizit an Frauen wendete. Auf diese Stellenanzeige hat sich ein Mann beworben. Er klagt nun unter Berufung auf das "Gleichbehandlungsgesetz" gegen den Verein. Agisra arbeitet von Beginn an frauenspezifisch und parteiisch. Da die Frauen, die die Beratungen in Anspruch nehmen, u. a. von struktureller sowie häuslicher geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, muss die Stelle durch eine Frau besetzt werden. Güteverhandlung: Montag, 10.12.2007, 12 Uhr, Arbeitsgericht Köln, Pohligstr. 9, 50969 Köln, Saal 101, 1. Obergeschoss. Agisra bittet um Unterstützung. Agisra e.V., Steinberger Str. 40, Tel: 0221-124019/ 0221-1390392, Email: info@agisra.org LAGazette 2007,5; S.9